

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dornierstraße 3  
71034 Böblingen

Telefon: 0 70 31/ 623-107  
Mobil: 0176 / 45 88 17 00

presse@wbo.de  
www.wbo.de

28. Januar 2025

## **Zwischenbilanz in der Lohntarifrunde im privaten Busgewerbe: Zwei Verhandlungsrunden, zehn Streiktage, und kein Ende in Sicht**

### **Gewerkschaft außer Rand und Band – Verdi eskaliert Tarifstreit im privaten Omnibusgewerbe weiter, während Arbeitgeber baldige Lösung anstreben**

**Der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen e.V. (WBO) ist erstaunt angesichts der Rücksichtslosigkeit mit der Verdi die in keiner Weise nachvollziehbaren Forderungen im aktuellen Tarifstreit durchzusetzen versucht. Nur vier Wochen nach Ablauf der Friedenspflicht und nach erst zwei Verhandlungsrunden mit nur wenigen Stunden echtem Gespräch, hat Verdi bereits zu insgesamt zehn Streiktagen aufgerufen. Leidtragende sind die auf den Bus angewiesenen Fahrgäste – insbesondere Berufspendler und Schüler, die von Dienstag bis Donnerstag erneut von Verdi massiv in ihrer Mobilität eingeschränkt werden.**

„Die Vorgehensweise der Gewerkschaft ist ungeheuerlich. Das sture Festhalten an der Forderung nach neun Prozent mehr Lohn und die Rücksichtslosigkeit, mit der diese zu Lasten der ÖPNV-Nutzer mit den Streikaktionen durchgesetzt werden soll, verhindert eine Annäherung im Tarifkonflikt“, führt Horst Windeisen, der Verhandlungsführer der Arbeitgeber aus und ergänzt mit Blick auf die Leidtragenden: „Es ist unanständig, wenn Verdi unsere Omnibusfahrer und Berufskraftfahrer, deren Jahresbruttoeinkommen unter Berücksichtigung der zahlreichen tarifvertraglichen Zuschläge, der Jahressonderzahlung, des Urlaubsgeldes, der Leistungspauschale, Überstunden-, Nacht- und Teilschichtzulagen, VWL, etc., 40.000 bis 50.000 Euro beträgt, auffordert, durch derart unverhältnismäßige Streikaktionen anderen – insbesondere Berufspendlern und Schülern – den Weg zur Arbeit, in die Schule und wieder nach Hause derart massiv zu erschweren.“

„Mit Sozialpartnerschaft hat das hier überhaupt nichts mehr zu tun“, bestätigt auch WBO-Geschäftsführerin Yvonne Hüneburg. Nachdem im letzten Lohntarifvertrag (2023/2024) die Löhne bereits um 14 Prozent angehoben wurden, während die Inflation im betreffenden Zeitraum bei „nur“ acht Prozent lag und der Stundenlohn eines Busfahrers im privaten Omnibusgewerbe damit bereits heute im reinen Grundlohn bei 21,46 Euro – und damit acht Euro über Mindestlohn – liegt, sieht sie in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen die Busunternehmen konfrontiert sind, für das Angebot der Arbeitgeber, das den Ausgleich der Teuerungsrate in Höhe von derzeit ca. zwei Prozent vorsieht, keinen weiteren Spielraum. „Natürlich sind Busfahrerinnen und Busfahrer wichtig, wie viele andere Berufsgruppen im Übrigen auch. Deswegen kann man aber keine absurden Tarifforderungen aufstellen und diese dann eben auch nicht durchsetzen.“

Immer mehr Kreise dünnen wegen leerer Kassen Fahrpläne aus und bestellen Verkehrsleistungen ab. Auch die Arbeitgeberseite ist mit massiven Teuerungen konfrontiert, so z.B. beim Fahrzeugeinkauf, bei Ersatzteilen, Reparaturleistungen etc.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dornierstraße 3      Telefon: 0 70 31/ 623-107      presse@wbo.de  
71034 Böblingen      Mobil: 0176 / 45 88 17 00      www.wbo.de

Eine Lohnerhöhung, die über den Ausgleich der Teuerungsrate hinausgeht, ist daher betriebswirtschaftlich nicht darstellbar. Ein unangemessen hoher Abschluss gefährdet das ÖPNV-Angebot und damit letztlich auch die Arbeitsplätze des Fahrpersonals. „Die von Verdi geforderte Lohnsteigerung muss am Ende jemand bezahlen. Im ÖPNV kommen da nur die Nutzer und die Steuerzahler in Betracht“, stellt Hüneburg klar.

Verhandlungsführer Horst Windeisen weist zudem darauf hin, dass die Lohntarifverhandlungen nicht isoliert vom Manteltarifvertrag und den laufenden Verhandlungen über die betriebliche Altersvorsorge betrachtet werden können. Die finanzielle Gesamtbelastung für die Arbeitgeberseite ist enorm. Im Manteltarifvertrag haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, jährlich stufenweise – so auch dieses und nächstes Jahr – mehr Pausen zu bezahlen. „Zudem befinden wir uns mit Verdi parallel zur Lohntarifrunde in Verhandlungen über eine betriebliche Altersvorsorge, die Verdi mit Nachdruck von der Arbeitgeberschaft einfordert. Auch diese muss in der Lohnrunde betriebswirtschaftlich Berücksichtigung finden, da sie wie die Pausenvergütung zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Arbeitgeber führen wird“, erläutert Windeisen. Der Tarifvertrag über die betriebliche Altersvorsorge ist die fünfte Tarifvereinbarung, die der WBO und Verdi schließen werden. „Dies zeigt zweifelsohne, dass die Unternehmen des privaten Omnibusgewerbes zu ihrer Verantwortung als Tarifpartner stehen“, betont Windeisen abschließend.

Ebenso fühlen sich die Arbeitgeber für die ÖPNV-Nutzer verantwortlich, die durch die maßlos überzogenen Streikaktionen der Gewerkschaft massiv belastet werden. Dem WBO ist deshalb an einer baldigen Lösung gelegen. WBO-Geschäftsführerin Hüneburg appelliert daher an die Arbeitnehmerseite: „Statt die Nutzer wegen maßlos überzogener Forderungen in ihrer Mobilität einzuschränken und in der Presse ein falsches Berufsbild zu skizzieren, sollte Verdi lieber am Verhandlungstisch konstruktiv an einem Tarifkompromiss mitarbeiten, der die Realitäten der Branche und die engen finanziellen Spielräume der Unternehmen berücksichtigt.“

**Der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen e. V. (WBO) vertritt seit 1947 als Berufs- und Arbeitgeberverband die Interessen von rund 350 Omnibusunternehmen in Baden-Württemberg. Neben privaten Omnibusunternehmen zählen auch einige kommunale, gemischtwirtschaftliche und staatliche Verkehrsunternehmen zu den Mitgliedern des WBO.**